

Von Stadt und Land.

Mus., 28. Februar 1921

Gesetzentwürfe für den sächsischen Landtag. Das Staatsministerium hat in seiner Freitagssitzung beschlossen, dem Landtage folgende Gesetzentwürfe vorzulegen: 1. den Entwurf eines Staatsbankgesetzes; 2. den Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung der Schlichtungs- sowie der Ubergangsabgabe von Zollvereinsländischem Fleischwert; 3. den Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung der Anweisung an die Polizeibehörden zur Bekämpfung von Konkubinaten; 4. den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des Raubwurfs.

Keine Fahrkarten für Mitglieder des sächsischen Regierungsrates. Die sächsischen Eisenbahnen nach Eigentum des sächsischen Staates waren, hatten die Mitglieder der sächsischen Regierung freie Fahrt auf Dienstreisen und darüber hinaus auch für die Fahrt nach Berlin. Seit dem Ubergang der sächsischen Eisenbahnen an das Reich sind die Fahrkarten aufgehoben, weil die sächsische Regierung unterlassen hatte, sich dieses Rechts zu sichern. Hierdurch soll, wie von gutunterrichteter Seite verlautet, dem sächsischen Staat eine jährliche Mehrausgabe von 4 bis 5 Millionen Mark erwachsen. Den sächsischen Landtagsabgeordneten sind die Fahrkarten innerhalb Sachsens verblieben, jedoch die beantragten Fahrkarten nach Berlin abgelehnt worden.

Meisterprüfungen. Vor der zuständigen Meisterprüfungskommission haben sich lediglich die Schuhmacher Fritz Haase, Reinhard Rudolph und Ernst Weigel, sämtliche in Aue wohnhaft, der Meisterprüfung unterzogen und sie bestanden.

Fahrplanänderung. Vom 1. März ab treten im Fahrplan der Kraftwagen-Personenpost Aue-Schwarzenberg folgende Änderungen ein: a) Es fällt weg die Fahrt 7,50 Uhr vorm. ab Grünhain und 8,20 Uhr vorm. ab Schwarzenberg. b) Die bisher täglich verkehrenden Wagen 8,41 Uhr vorm. ab Schwarzenberg und 9,15 Uhr vorm. ab Grünhain 9,10 Uhr nachm. ab Schwarzenberg und 9,50 Uhr nachm. ab Aue und 10,25 Uhr nachm. ab Aue und 11,15 Uhr nachm. ab Schwarzenberg verkehren nur noch an Sonntagen.

Wirtschaftserhöhung in Sachsen? Wie aus sehr guter Quelle verlautet, sind beim sächsischen Wirtschaftsministerium Bemühungen im Gange, eine allgemeine Milchpreiserhöhung in Sachsen durchzuführen und zwar um 50 % für 5 Liter. Die Dresdner Stadtoronomen nahmen einstimmig einen Antrag an, der die Regierung ersucht, keine Erhöhung der Milchpreise einzutreten zu lassen, ebenso auch eine Erhöhung der Preise für Butter, Quark und Käse abzulehnen.

Keine sagerischen Kartoffeln für Sachsen. Während der Ernährungs-Konferenz in München haben die Vertreter der sächsischen Landeslebensmittelämter mit dem bayerischen Wirtschaftsministerium wegen der Lieferung von bayerischen Lebensmitteln nach Sachsen Fühlung genommen. Eine Einfuhr größerer Mengen aus Kartoffeln ist nicht zu erwarten, da angeblich die bayerische Bevölkerung selbst an Kartoffelmangel leidet. Es werden höchstens noch 7000 Zentner Kartoffeln in Auslieferung für die sächsischen Bergarbeiter geliefert werden. Hinsichtlich der Lieferung von Fleisch ist für Sachsen eine Erleichterung wenigstens in der Richtung ausfindig worden, daß die sächsischen Händler die bayerischen Viehmärkte besuchen dürfen, jedoch ist es ihnen nur gestattet, durch bayerische Händler zu kaufen. Zu dem Besuche der bayerischen Viehmärkte ist jeder sächsische Händler berechtigt, der im Besitze einer sächsischen Ausweiskarte ist.

Aus dem Parteileben.

Deutschnationaler Landesparteitag. In Chemnitz trat gestern der deutschnationale Landesparteitag zusammen. Er wurde mit einer Tagung des Parteiausschusses eröffnet, an der zahlreiche Reichs- und Landtagsabgeordnete teilnahmen. Der Vorsitzende Fabrikdirektor Lehning beleuchtete die bevorstehenden Verhandlungen in London, die auf unsere gesamte innerpolitische Lage einen unerschöpflichen großen Einfluß ausüben werden. Die Teilnehmer fanden sich in einer Kundgebung gegenüber den unerhörten Pariser Forderungen zusammen und beurteilten, daß sich der Reichstag nicht zu einer dem entschlossenen Willen des Volkes Ausdruck gebenden einmütigen Entschlüsse aufgerafft hat. Im Vordergrund aller weiteren Erörterungen stand sodann die

ragt worden war, und legten die Vermutung nahe, daß er unterwegs entweder ein kleines Unglück oder einen unbeschreiblichen Durst auf Hochheimer 1893 pedant haben mußte.

„Ich glaube, man kann jetzt rücksichtslos zudackeln!“ erklärte der alte Landwirt, dem das Umherklettern in den feuchten Kellerräumen, seine Schmerzen langsam wieder zum Bewußtsein kommen ließ. „Wir werden sofort eine Anzeige an den Staatsanwalt aufsetzen und die Untersuchung gegen den alten Daubenspeck beantragen! Meinen Sie nicht auch, lieber Heidebue?“

Benno nickte. Er sah ihm die Schmerzen an und watschte ihm Hilfreich beim Um- um ihn zu stützen und zu führen. Der Argenteur schloß den Zugang hinter sich ab und versprach, das eingerissene Mauerwerk sofort wieder herstellen zu lassen.

Benno hatte sich durch einen schnellen Aufstieg zur Sprengstelle davon überzeugt, daß Herr Daubenspeck junior spurlos verschwunden war. Es ärgerte ihn nicht wenig, ihn in der Aufregung dieser sonderbaren Stunde haben entschließen zu lassen. Zweifellos war er sofort daran gegangen, den Alten zu benachrichtigen. Vielleicht befanden sie sich schon beide auf der Flucht, noch ehe die Wehrde dazu kam, sich ihrer zu bemächtigen.

Schnell bestellte er noch einen Wächter für die Einbruchsstelle und rief dann zu Papa Volkstagen zurück, um mit diesem im Turm weiter zu beraten.

„Es ist soeben ein Telegramm für Sie eingetroffen, Herr Heidebue!“ sagte Fräulein Walling, die Papa Volkstagen wieder zurückgeschickt hatte. Sie kam aus der Küche, als die beiden in dem Kellereingang der Vorhalle auftauchten.

„Für mich?“ fragte Benno überrascht und nahm das geschlossene Blatt in Empfang. Er ahnte nichts Gutes. Hastig hatte er es erbrochen und sah nach dem Aufdruck. Es kam aus der Heimat, wo man seine Abreise bisher nicht gekannt hatte. Jemandem mußte man sie ausfindig gemacht haben, (soh es ihm durch den Kopf um ihm diese gewisslos wichtige, aber ganz gewiß nicht unerwünschte Nachricht geben zu können. (Fortsetzung folgt.)

augenblickliche politische Lage und die von der Deutschnationalen Volkspartei einzunehmende Stellung dazu. Abg. Bionet berichtete über die letzten Beratungen des Reichstages und die von der Deutschnationalen Fraktion hierbei eingenommene Haltung, während Abg. Beutler sich über die Haltung der Landtagsfraktion äußerte und über die der sächsischen Regierung gegenüber in Zukunft einzunehmende Stellung. Einen breiten Raum nahm alsdann die sich anschließende Aussprache ein, in der die Haltung beider Fraktionen gebilligt wurde. Es wurde sodann in eine eingehende Erörterung der Arbeiter- und Angestelltenfragen im Sinne der Landtagsfraktion eingetreten und weiterhin verschiedene innere und Organisationsfragen behandelt. Im Anschluß an diese Tagung fanden verschiedene berufständliche Sondertagungen statt.

Zwickau, 27. Februar. Landtagsbesuch. Am Sonnabend trafen eine Anzahl Mitglieder des Finanz Ausschusses A des Landtages aus Dresden in Zwickau ein, um das alte Krankenhaus und darauf die Neubauten des neuen Krankenhauses im Stadtteil Marienhalde einer Besichtigung zu unterziehen, zur Vorbereitung der Beschlußfassung, in welchem Umfange der Neubau ausgeführt werden und ob neben dem neuen Krankenhaus auch das alte im Betrieb erhalten werden soll, da die Zahl der Kranken in der letzten Zeit im Wachsen begriffen ist.

Plauen, 27. Februar. Zustand. Die Stimmmeister im Vogtlande, Automatenstich und Stimmmeister (Kartenschieber), verlangen eine einheitliche Regelung ihrer Mindestgehälter, die bis jetzt 1100 M. bez. 1000 M. monatlich betragen. In den gemeinschaftlichen Verhandlungen konnte eine Verständigung nicht erzielt werden, da die Vogtländische Fabrikantenschaft die Forderungen ablehnte. Infolgedessen sind die Automatenstichmeister und Kartenschieber in den Ausstand getreten.

Hartmannsdorf b. Burgstädt, 27. Febr. Arbeitslosen-Kundgebung. Eine hier von den Arbeitslosen veranstaltete Kundgebung nahm einen ruhigen Verlauf. Die Teilnehmer an der Kundgebung brachten dem Gemeindevorstand gegenüber zum Ausdruck, daß sie an ihren Forderungen festhalten. Dieser machte die Arbeitslosen auf die Rechtslage aufmerksam und sagte zu, alles zu tun, um nach Möglichkeit den Wünschen der Kundgebenden entgegenzukommen.

Dresden, 27. Februar. Die 1. Sächsische Landwirtsch. schaftliche Woche 1921 findet in Dresden vom 7.—11. März statt. Im Rahmen dieser Woche finden zahlreiche Versammlungen landwirtsch. Vereiningungen statt und hervorragende Autoritäten geben ihre Meinung über die Lage ab. Eröffnet wird diese Woche durch die öffentliche Versammlung des Landeskulturrates, in der der Vorsitzende Wittlicher Geheimrat Dr. Mehnert spricht.

Pirna, 27. Februar. Für die Erhaltung der sächsisch-böhmischen Dampfschiffahrtsgesellschaft Da die Existenz der sächsisch-böhmischen Dampfschiffahrtsgesellschaft bekanntlich aus den selbigen Gründen der Finanznot gefährdet ist, regt sich in unserem Bezirke eine lebhafteste Bewegung. In seiner letzten Sitzung hat sich auch der Bezirksausschuß der die Erhaltung beabsichtigenden Eingabe der Elbeanleger-Gemeinden angeklagt. Für verschiedene Eilorte handelt es sich um eine wichtige Lebensfrage von gleichzeitiger stark ins Gewicht fallender wirtschaftlicher Bedeutung.

Baunzen, 27. Februar. Neuer Landgerichtspräsident. Wie das Baunzener Tageblatt meldet, ist als Nachfolger des am 1. April in den Ruhestand tretenden Präsidenten des Baunzener Landgerichts Rechtsanwält Dr. Hübler in Leipzig in Aussicht genommen. Dr. Hübler gehört der mehrheitssozialistischen Partei an.

Jittau, 27. Februar. Drohen der Streik in der Oberlausitzer Konfektion. Wie gemeldet wird, teilt die Gewerkschaft der deutschen Bekleidungsarbeiterverbände mit, daß in der Oberlausitzer Konfektionsbranche ein Ausstand sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen für kommenden Montag drohe. Etwa 2000 Personen würden davon betroffen werden. Der Schlichtungsausschuß hat zwar einen Schiedspruch gefällt, aber die Arbeitnehmer haben fast einstimmig den Ausstand beschlossen, wenn die Arbeitgeber bis Montag kein Entgegenkommen zeigen.

Letzte Drahtnachrichten.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Döpseln, 28. Februar. Die interalliierte Kommission hat gestern Bestimmungen über die am 23. März stattfindende Abstimmung in Oberschlesien als Ergänzung zu dem am 31. Dezember v. J. veröfentlichten Wahlreglement herausgegeben. Darin heißt es u. a.: Die Abstimmung findet am Sonntag, den 23. März, für das gesamte ober-schlesische Gebiet und für alle stimmberechtigten Kategorien statt. Der Passierschein gilt als Wah und in dem paritätischen Ausschuss des Ortes beantragt werden, in dem abgemittelt wird. Die Passierscheine gelten gleichzeitig als Wahlkarten. Die Personen der Kategorie A und C erhalten den Passierschein von dem paritätischen Ausschuss ihres Abstimmungs-ortes. Die Personen der Kategorie B erhalten einen ähnlichen Passierschein, den aber der paritätische Ausschuss des Ortes, in dem sie eingetragen sind, ausstellt. Personen, deren Gesundheitszustand eine Begleitung erforderlich macht, können auch für den Begleiter einen Passierschein erhalten. Sämtliche Passierscheine brauchen nicht das Blum eines französischen Konsulats zu haben. Die Abstimmung erfolgt mit einem Stimmzettel auf weißem Papier mit schwarzem Druck. Die eine Kategorie trägt den Vermerk: Polens-Polen; die zweite Kategorie den Vermerk: Deutschland-Polen. Zettel, Umschläge und Urnen werden von der Reglementskommission geliefert. Die Abstimmung dauert von früh 8 Uhr bis 6 Uhr abend. Ungültig sind: 1. Stimmzettel, die nicht das vorgeschriebene Muster haben; 2. Stimmzettel mit Merkmalen, die eine Verletzung des Abstimmungsgeheimnisses beweisen; 3. Stimmzettel mit Zusätzen oder Streichungen; 4. Stimmzettel ohne Ausdruck; 5. Stimmzettel, die ohne Umschlag gefunden werden; 6. Stimmzettel in unvor-schriftsmäßigen Umschlägen. Jeder Umschlag darf nur einen Stimmzettel enthalten; sind mehrere darin, aber von gleicher Kategorie, so werden sie als ein Stimmzettel zählt, sind sie verschiedener Kategorie, so sind sie alle ungültig. In Fällen, wo über die Gültigkeit der Stimmzettel keine Einigkeit im Wahlbüro erzielt werden kann, gelten sämtliche Zettel als angefallen, wodurch ihre Verrechnung ausgeschlossen ist. Die Entscheldung liegt beim interalliierten Büro. Das interalliierte Büro prüft die Abstimmungshandlung, entscheidet über die Streitigen Fälle und teilt die Abstimmungsergebnisse mit. Die endgültigen Ergebnisse der Abstimmung sind. Der Geheimbericht des interalliierten Büros mit den Vorschlägen bezüglich der Gültigkeit der Abstimmungshandlung geht an die Reglementskommission. Die Reglementskommission entscheidet in letzter Instanz über die Gültigkeit und bekräftigt das Ergebnis. Wo es angeht, wird, findet an einem noch zu bestimmenden Tage ein zweites Wahlgang statt.

Die Londoner Konferenz.

Berlin, 28. Februar. Die deutsche Delegation ist gestern mittag vom Potsdamer Bahnhof ab-

gefahren. Zur Verabschiedung war der Reichs-lanzier auf dem Bahnhof erschienen, wo er mit dem Minister des Auswärtigen in längerem Gespräch be-zeuhte. Unter den Vertretern der Regierung befanden sich die Staatssekretäre Ullrich und von Daniels, eine Reihe Beamter der Reichskanzlei, des Auswärtigen Amtes und der übrigen Ministerien. Die Aufstellung der Delegation ist in unserer Meldung vom 24. d. M. bereits mitgeteilt worden und unverändert ge-blieben.

Chequers, 28. Februar. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet, Lloyd George und Briand benutzen die Gelegenheit zur Behandlung der großen Fragen, welche auf der Konferenz zur Sprache kommen werden. Auf eine diesbezügliche Frage gab Lloyd George die Antwort: Wir sind auf alle Er-eignisse gefaßt.

London, 28. Februar. Das offizielle Kommuniqué über die Sitzung der Konferenz, die Sonnabend nach-mittag unter dem Vorsitz Lord Curzon im Foreign Office stattfand, besagt: Lord Curzon wies bezüglich Armeniens darauf hin, daß die Mächte nicht im ge-ringsten die Absicht hätten, die Verpflichtung außer acht zu lassen, einen eintigen und lebensfähigen Staat Arme-nien zu schaffen. Im Interesse der Türkei und Ar-meniens sei es von Wichtigkeit, eine von allen Par-teien gutgeheißene Grenze festzusetzen, durch welche Ar-meniens die ihm längst genommenen Gebiete zurück-gewonnen werden und seine nationale Existenz gesichert werde. Die Konferenz beschloß dem Obersten Rat Vor-schläge über mögliche Änderungen der Bestimmungen des Friedensvertrages von Sevres, soweit sie Aserbaidschan und Armenien betreffen und mit Rücksicht auf die jän-gsten Ereignisse maßgebend sind, vorzulegen.

London, 28. Februar. In einer Unterredung mit dem Pariser Berichterstatter des Oberberber sagte Pol-nacare u. a., er sei überzeugt Frankreich werde keine Aktion unternehmen, die nicht die moralische, wenn nicht materielle Unterstützung Englands finde. Für Frankreich sei die wertvollste Sache die Aufrechterhaltung der Entente. Eine der Hauptpflich-ten der Londoner Konferenz sei die Festsetzung ge-nauer Sanktionen und der Minute und des Augen-blicks ihrer Anwendung. Die Mitwirkung deutscher Ar-beiter am Wiederaufbau Nordfrankreichs in beschränkter Zahl und unter genügender Aufsicht sei annehmbar.

Zur Kabinettsbildung in Dresden.

Dresden, 28. Februar. Wie die Schließliche Postzeitung zur Neubildung des preussischen Kabinetts zuverlässig will mitteilen können, stand es von vornherein fest, daß Geheimrat Dr. Porsch überhaupt keinen Ministerposten übernehmen würde. Die Mel-dung, daß Dr. Porsch preussischer Ministerpräsident werde, sei da-her nichts anderes als eine leere Kombination. Ebenso un-richtig sei, daß man in Zentrumskreisen wünsche, das Kultusmin-sterium zu besetzen.

Kollektivvertrag Demonstration von Kriegsbeschädigten.

Berlin, 28. Februar. Der Großberliner Gau des internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten beran-staltete gestern vormittag eine Massenversammlung im Lustgarten, an der etwa 12000 Personen teilnah-men. Der Vorsitzende Karl Tiedt wandte sich gegen die Verschleppung der Forderungen der Kriegsbeschä-digten und verlangte eine Beschleunigung der Auszah-lung der Renten. Dann bildete sich ein Demonstration-zug, in dessen Reihen zahlreiche Plakate und rote Fahnen mit Aufschriften getragen wurden. Die meis-ten der Fahnen trugen den goldenen Sowjet-stern. Im Zuge wurde auf einer Tragbahn ein mit eisernen Kreuzen geschmückter schwarzer Sarg ge-tragen mit der Aufschrift: Das neue Versorgungsrecht! Der Zug bewegte sich nach dem Reichsarbeitsministerium. Unterwegs ereigneten sich zahlreiche Zwischenfälle. Der gesamte Fahrverkehr wurde lahmgelegt. Einzelne Stra-ßenbahnfahrer wurden tätlich angegriffen. In einem Zusammenstoß mit der Schutzpolizei kam es am Alexanderplatz, wo Demonstranten ein Postauto mit Schutzpolizei umzingelten. Ten Ordnung gelang es schließlich, die Menge zum Weitergehen zu veranlassen. Mit Niederrufen auf die Schutzpolizei und Hochrufen auf die dritte Internationale und Sowjetrußland ging es weiter nach dem Arbeitsministerium in der Scharn-horststraße. Da dieses von einer Hundstafel der Schutzpolizei besetzt war, bewegte sich der Zug nach dem Jnvalidenhaus, wo Tiedt abermals eine Ansprache hielt, die mit einem Hoch auf die Weltrevolution schloß. Dann löste sich der Zug auf.

Wid-Waß bei Berlin.

Berlin, 28. Februar. Am Sonnabend abend wurde bei Strausberg, unweit Berlins, ein diebstahlgeladener Auto-mobilbus auf der Fahrt von einer bewaffneten Räuberbande über-fallen. Alle Insassen wurden ausgeplündert. Nach den bisherigen Nachforschungen handelt es sich um eine organi-sierte Räuberbande, die in der dortigen Gegend geweremäßig Raubüberfälle ausführt. Tags vorher war auf das Fuhrwerk eines Produzentenhandlers ebenfalls ein Anschlag verübt worden, wobei der Ueberfallenen mit knapper Not entkam.

Vorverurteilte griechische Arbeiter.

Paris, 28. Februar. Die beiden griechischen Offi-ziere Terapis und Khrizalis wurden Sonnabend abend vom Schlichter wegen des gegen den damaligen Ministerpräsidenten Venizelos auf dem Dioner Bahnhof in Paris begangenen Anschlages zu 15 Jahr-jahren Zuchthaus verurteilt. Nachdem das Urteil gefällt war, unterzeichneten die Geschworenen ein Gnabengesuch.

Annahme des australischen Einwanderungsgesetzes.

Washington, 28. Februar. Das Repräsentantenhaus hat das vom Senat genehmigte Einwanderungsgesetz angenommen. Danach wird vom 1. April an für die Dauer von 15 Monaten die Zahl der Einwanderer einer jeden Nationalität auf 3 Prozent der Ausländer-gleich Nationalität festgesetzt die zur Zeit der Volks-zählung von 1910 sich in den Vereinigten Staaten wohn-gelassen hatten.

